O. Günther Dehn
Berlin NW 87
Wicelstraße 33
Fernruf: C 5 Hansa 4696

Berlin NW. 87, Anfang August 1929.

In der Anlage versende ich an einige persönliche Freunde und Gesinnungsgenossen Abschrift eines Bescheides des Brandenburgischen Konsistorium, der mir vor einiger Zeit zugegangen ist und der mich lebhaft beschäftigt. Ich wäre dankbar, wenn ich von Ihnen einen Rat erhalten könnte, wie ich mich nun zu verhalten habe.

Für diejenigen, die über den Fall noch nicht unterrichtet sind, darf ich ihn ganz kurz darstellen.

Anfang November²⁸ habe ich in Magdeburg auf Aufforderung der Pfarrerschaft hin im Rahmen einer kirchlichen Woche einen Vortrag über „Kirche und Völkerversöhnung“ vor etwa 3/400 Menschen gehalten der ruhig angehört wurde und nachher in einem Kreis von etwa 60 Menschen ruhig diskutiert wurde. Nur nach Schluss der Verhandlungen hatte ich beim Hinausgehen mit einer jungen Dame einen kurzen etwas schroffen Wortwechsel über die Kriegsschuldfrage.

Zu meinem Erstaunen setzte bald nach dem Vortrag eine Pressefehde gegen mich ein, die offenbar ganz zielbewusst immer wieder vom Neuen einsetzte und bis Monat Mai 1929 dauerte. Es wurde immer wieder das Geleiche behauptet, ich hätte die Gefallenen Mörder genannt, zur Kriegsdienstverweigerung aufgefordert, die Kriegsschuldfrage eine dumme Phrase genannt usw. Ich bemerke, dass alle diese Beschuldigungen unwahr sind, die Presse hat meine Berichtigungen auch meist gebracht.

Gleichzeitig hatten sich „Christlich-Nationale“ ~~Kre~~ Magdeburger Kreise der besseren Gesellschaft, die offenbar im kirchlichen Leben dort eine Rolle spielen, beschwerdeführend an den Oberkirchenrat und das Brandenburgische Konsistorium gewandt zum Teil

in stürmischer Entrüstung meine sofortige Absetzung verlangend wegen Beschimpfung der gefallenen Helden. Die Beschwerdepunkte waren die gleichen, wie die der Presse.

Die Behörde nahm die Anklage ungewöhnlich ernst. Ich bin drei mal protokollarisch vernommen worden. Als das Konsistorium dann, wie ich zufälligerweise erfahren habe, die weiteren Verfolgungen der Angelegenheit ablehnte, griff der Oberkirchenrat ein, der einen eigenen Kommissar zur ~~untersuchung~~ ^{neuen} gründlichen Untersuchung bestellte. Ich wurde auch den Zeugen, zwei jungen Mädchen gegenübergestellt. Bei allen Verhandlungen habe ich immer wieder gesagt, dass ich unter Eid versichern könnte, dass sämtliche Beschuldigungen unwahr seien. Mein Vortrag lag wörtlich, so wie er gehalten war, der Behörde vor.

Das Ergebnis der monatelangen Untersuchungen ist nun beiliegendes Schreiben. Das schwer ^Atragbare an der Entscheidung der Behörde scheint mir zu sein, dass sie auch, wenn auch nur indirekt, den Vortrag selbst mit in die Beurteilung gezogen hat und mir vorwirft, ich hätte mich auch dort einer bei einem Pfarrer nicht zu billigen ^ASchärfe bedient. Ich darf bittenden Vortrag zu lesen (1 Exemplar liegt bei) und ihn beurteilen zu wollen. Ich glaube sagen zu müssen: wenn ein Pfarrer einen solchen Vortrag ohne Tadel der Behörde nicht halten kann, dann tat er besser, überhaupt nicht mehr zu reden und vielleicht auch nicht mehr zu predigen. Es kann doch nicht richtig sein, dass es die Aufgabe des Pfarrers ist, wie das Konsistorium meint, bei der Erörterung „so ernster und die Menschen tief bewegender Fragen“ beruhigend zu wirken. Der Pfarrer muss, wenn auch in allem Fakt, die Wahrheit sagen.

Ich bitte mit nun, wenn es angeht in nicht zu langer Frist sagen zu wollen: beurteile ich die Sachlage falsch? Habe ich wirklich ungerechtfertigtes Aergernis erregt? Soll ich also die Mahnung der Behörde hinnehmen? Ueberschätze ich auch ^{nicht} die ~~Bedeut~~ Bedeutung dieser Angelegenheit weil sie mich persönlich stark berührt? Oder handelt es sich hier doch um eine Angelegenheit von grundsätzlicher Wichtigkeit, bei der man einen solchen Bescheid der Behörde, wo anders man sie ernst nimmt, nicht unbeantwortet hingehen lassen soll. Aber was soll dann geschehen? Die Sache an die Öffentlichkeit zu bringen, widerspricht meinem kirchlichen Empfinden. Soll ich mich Beschwerdeführend an die nächst höhere Instanz, den Oberkirchenrat wenden, wobei ja freilich die Aussicht auf Erfolg gering ist, da der Hr. E.O.K. ja schon hinter diesem Bescheide steht.

Zunächst darf ich jedenfalls bitten, die Angelegenheit als vertraulich anzusehen und sie nicht vor weitere Kreise zu bringen.